

Erster Schritt

Von Hartmut Wiedmann

Schöne Worte allein machen nicht satt – und schon gar nicht die Hauptschulen zu Kaderschmieden im Kampf gegen den Fachkräftemangel. An Solidaritätsadressen für das Sorgenkind des deutschen Bildungssystems hat es bislang jedenfalls nicht gemangelt. Es fehlt allerdings an schlüssigen Konzepten. Daran ändert auch das erfolgreiche Projekt „Schule und Betrieb“ herzlich wenig.

Tatsächlich bekommt an manchen Hauptschulen nur ein Fünftel der Absolventen eine Lehrstelle. Tatsächlich hat sich das Land aus der Schulsozialarbeit zurückgezogen, beklagt allerdings zugleich, vielen Hauptschülern fehle es an sozialen Kompetenzen. Tatsächlich verliert das Lehrerstudium für leistungs- und aufstiegsorientierte Schulabgänger zunehmend an Attraktivität.

Nur 17 Prozent der Lehramtsanwärter entscheiden sich heute für die Hauptschule. Die meisten dagegen wählen lieber die Arbeitslosigkeit, als einen Arbeitsplatz anzunehmen, der mit

Prädikaten wie „beängstigend“ und „anstrengend“ versehen ist.

Wenn Baden-Württembergs Kultusminister Helmut Rau sich nun Gedanken über eine Neuregelung der Lehrerbesoldung macht, ist das ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen.

Gute Lehrkräfte sind ein wichtiges Kapital für die Schule der Zukunft und für die Zukunft der Gesellschaft. Sie sollte deshalb ein Interesse daran haben, für diese wichtige Aufgabe die richtigen Personen zu finden. Nur eine studienbegleitende Eignungsberatung, veränderte Ausbildungswege und -prüfungen sowie eine aktive Personalpolitik der Schulträger können berufliche Anforderungen und das Profil der Bewerber besser aufeinander abstimmen.

Denn auch, das ist eine Tatsache: Am Lehrerberuf reizt zurzeit vor allem eines: das Berufsbeamtentum mit einer krisensicheren Anstellung und geregelten Arbeitszeiten. Auch das gehört auf den Prüfstand – lieber heute als morgen.

Das Land will bessere Hauptschüler

Quelle:

Ludwigsburger Zeitung
25.07.2006

S. 3 und 4

Lehrerleistung soll sich lohnen

Kultusminister Rau will Reformpläne im Oktober vorlegen

Stuttgart – (lsw) In den Unterricht an Hauptschulen soll künftig mehr berufsorientierte Praxis einfließen. Zugleich begrüßte Kultusminister Helmut Rau gestern den Vorstoß von Finanzminister Gerhard Strathaus, Lehrer an Hauptschulen finanziell besser zu stellen.

„Ich freue mich über jeden, der Leistung besser bezahlen will“, sagte Rau. Allerdings konnte er keine Rechenmodelle nennen und kündigte Konkretes zur künftigen Lehrerbesoldung für Oktober an.

Finanzminister Gerhard Strathaus (CDU) plant bei der Reform des Besoldungsrechts offenbar, bis zu acht Prozent eines Beamtengehaltes leistungsgerecht zu gestalten. Das berichtet der *Südkurier*. In die neue Besoldung nach Grundgehalt und Leistungsbonus sollen nach einer Kabinettsvorlage des Ministers alle

Beamtengruppen einbezogen werden – nicht nur Grund- und Hauptschullehrer. Geplant ist demnach auch, die Gehaltsstufen „deutlich zu reduzieren“ und die Gehälter für Berufseinsteiger schneller steigen zu lassen als in späteren Jahren. Auch die Umwandlung eines Teils des Beamtengehalts für den Aufbau einer eigenfinanzierten Altersvorsorge sei im Gespräch.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) lobte die Ankündigung Raus, forderte aber Taten. Ändern müssten sich die Arbeitsbedingungen mit „pädagogisch unverantwortlichen Klassengrößen in den öden Schulzweckbauten“.

Mit der Lernsituation beschäftigte sich insbesondere auch das dreijährige Projekt „Schule und Betrieb“ („SchuB“), dessen Abschlussbericht Rau in Stuttgart präsentierte. Spezielle in einem Modellversuch erprobte Lernma-

terialien sollen nach dem Willen von Rau und Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt landesweit eingeführt werden. In dem Projekt kooperierten Schulen und Wirtschaft, um Schulabgänger besser auf die Erfordernisse ihres künftigen Berufs vorzubereiten. Land und Arbeitgeber hätten für das wissenschaftlich begleitete Projekt 190 000 Euro ausgegeben.

Die SPD im Landtag kritisierte, dass trotz der Vielzahl der Initiativen des Landes der Übergang in den Beruf weiter dem Zufall überlassen bleibe. An die Unternehmen wurde appelliert, ausreichend Lehrstellen anzubieten

Von kommenden Schuljahr will das Land benachteiligte Jugendliche – mit ausländischen Eltern, Behinderung oder Lernschwierigkeiten – fördern. Dafür werden 34 Stadt- und Landkreise sowie Jugendagenturen für die nächsten vier Jahre mit fünf Millionen Euro unterstützt. Ulf Mauder